

Raabe, Karl-Heinz

Article — Digitized Version

Schätzung eines "Korridors" für den Sektor Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bis zum Jahre 1985

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Raabe, Karl-Heinz (1971) : Schätzung eines "Korridors" für den Sektor Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bis zum Jahre 1985, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 9, pp. 488-495

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134311>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WISSENSCHAFT FÜR DIE PRAXIS

Schätzung eines „Korridors“ für den Sektor Staat

im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bis zum Jahre 1985

Karl-Heinz Raabe, Bonn

Die Frage nach der Höhe des Anteils am Sozialprodukt, den der Staat für die Erfüllung seiner Aufgaben in einer freien Wirtschaftsordnung in Anspruch nehmen soll oder kann, wird in letzter Zeit wieder häufig aufgeworfen, ohne daß bisher eine Quantifizierung versucht wurde. Dies ist Aufgabe des folgenden Beitrags. Bei den wirtschafts- und finanzpolitischen Prämissen, die in den nachstehenden Überlegungen notwendigerweise enthalten sind, handelt es sich um Hypothesen auf technischer Ebene und nicht um politische Zielvorstellungen.

Die Möglichkeiten und Grenzen einer zukünftigen Erhöhung des Staatsanteils hängen – neben dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum – sehr stark von der Entwicklung der privaten Verwendungspositionen des Sozialprodukts ab sowie von einer entsprechenden Einkommensverteilung und den gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsmöglichkeiten.

Im nachfolgenden soll versucht werden, größenordnungsmäßig die Grenzen abzustecken, in denen sich die laufenden Einnahmen, die Verschuldung und damit die Gesamteinnahmen und -ausgaben des Staates (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) langfristig bewegen könnten. Die Untersuchung knüpft an die Perspektivprojektion des Wirtschaftswachstums von 1970 bis 1985 (mittlere Variante) an¹⁾, deren Ergebnisse an die benutzten Methoden angepaßt wurden.

Dr. Karl-Heinz Raabe, 52, Ministerialdirigent, leitet im Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen die Unterabteilung Gesamtwirtschaftliche Analysen und Projekte, Wirtschaftsstatistik.

Die wirtschafts- und finanzpolitischen Prämissen, die bei einer derartigen Arbeit unterstellt werden müssen, sind hypothetisch angenommen worden; bei den Ergebnissen der Schätzung handelt es sich daher um Berechnungen auf technischer Ebene.

Grundsätzlich ist vom Staat ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Befriedigung individueller Bedürfnisse über den Markt und der kollektiven Befriedigung sowohl individueller als auch gesellschaftlicher Bedürfnisse anzustreben. Nur dann entwickeln sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung optimal.

Die Zunahme des „Privaten Verbrauchs“ im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigt aber nur den ersten Aspekt; sie ist insofern kein hinreichendes Kriterium für die Entwicklung der allgemeinen Lebensbedingungen. Tatsächlich dient auch der „Staatsverbrauch“ zu einem erheblichen Teil der Befriedigung individueller Bedürfnisse. Gleiches trifft zu einem großen Teil für die staatlichen Investitionen zu, wie Verkehrsinvestitionen, Verbesserungen des Bildungsangebots oder der Umweltschutz und andere Infrastrukturinvestitionen. Für sie gilt allerdings, daß sie oft erst langfristig zum Tragen kommen.

¹⁾ BMWi: Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland, Vierteljahresbericht III/1970.

Zwischen der Aktivität des Staates und den Entwicklungsmöglichkeiten im privaten Sektor bestehen enge Wechselbeziehungen. Dieser Zusammenhang ist offensichtlich bei den staatlichen Investitionen, von denen langfristig eine nicht unerhebliche produktivitätsfördernde Wirkung ausgehen kann. Ihre Unterdotierung müßte strukturelle Unausgewogenheiten entstehen lassen, von denen die Wachstumsmöglichkeiten im privaten Sektor auf lange Sicht ungünstig beeinflusst würden.

Die genannten Aspekte lassen gegenüber der Entwicklung in der Vergangenheit eine Ausdehnung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt notwendig erscheinen, da insbesondere in den letzten Jahren die staatliche im Verhältnis zur privaten Verwendung unterproportional expandierte. Die Entwicklung des Staatssektors soll sich aber innerhalb eines freiheitlichen, marktwirtschaftlichen Systems vollziehen. Ebenso muß sie sich in einem Rahmen bewegen, in dem die Ziele des Stabilitätsgesetzes realisierbar bleiben. Das bedeutet, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik über Verhaltensweisen, wie die Investitionsneigung der Unternehmen, die Sparneigung der Privaten Haushalte oder die Verteilungsintensionen der Sozialpartner (Tarifautonomie) nicht hinweggehen kann.

Auf mittlere Sicht sind diese Verhaltensweisen als relativ konstant anzusehen; langfristig können sie aber durch geeignete Maßnahmen in gewissem Umfang beeinflusst werden, so daß eine Vergrößerung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt im Interesse des Allgemeinwohls ohne Risiken möglich wird.

Dieser Spielraum bemißt sich einmal nach dem volkswirtschaftlich tragbaren Anteil der Steuern und Sozialabgaben am Bruttosozialprodukt. Tragbar wäre ein Steuer- und Sozialabgabenanteil, der weder die private Investitionsneigung in einem Maße tangiert, daß dadurch das künftige Wirtschaftswachstum gefährdet wird, was letztlich auch für den Staat zum Nachteil geraten müßte, noch Überwälzungsvorgänge bei den Unternehmen oder auch bei den Gewerkschaften mit Rückwirkungen auf die Preisentwicklung auslöst.

Anteil der Steuern und Sozialabgaben am BSP

Über die vergangenen Jahre hinweg war der Anteil der Steuern und Sozialabgaben am Bruttosozialprodukt verhältnismäßig konstant. Da diese Anteile konjunkturabhängig sind, ergeben sich bei den Jahreswerten ziemliche Schwankungen. Werden diese Schwankungen durch die Berechnung gleitender Fünfjahresdurchschnitte eliminiert, so zeigt sich, daß der Anteil der Steuern am Brutto-

Tabelle 1
Anteile der Steuern ¹⁾ und Sozialabgaben ¹⁾
am Bruttosozialprodukt
in der Bundesrepublik Deutschland

| | Jahreswerte | | | Gleitende 5-Jahresdurchschnitte | | |
|------|-------------|--------------------|---------|------------------------------------|--------------------|---------|
| | Steuern | Sozial- abgaben | insges. | Steuern | Sozial- abgaben | insges. |
| 1960 | 23,6 | 9,7 | 33,3 | . | . | . |
| 1961 | 24,6 | 9,7 | 34,2 | . | . | . |
| 1962 | 24,9 | 9,9 | 34,8 | 24,6 | 9,7 | 34,3 |
| 1963 | 24,8 | 10,0 | 34,7 | 24,6 | 9,8 | 34,3 |
| 1964 | 24,7 | 9,7 | 34,4 | 24,5 | 9,9 | 34,3 |
| 1965 | 24,0 | 9,7 | 34,0 | 24,4 | 10,0 | 34,3 |
| 1966 | 24,1 | 10,1 | 34,2 | 24,2 | 10,1 | 34,2 |
| 1967 | 24,4 | 10,3 | 34,7 | 24,3 | 10,3 | 34,6 |
| 1968 | 23,7 | 10,4 | 34,2 | 24,3 | 10,7 | 35,0 |
| 1969 | 25,2 | 10,9 | 36,1 | . | . | . |
| 1970 | 24,1 | 11,5 | 35,6 | . | . | . |

¹⁾ In der Definition und Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

sozialprodukt geringfügig rückläufig war, während derjenige der Sozialabgaben laufend gestiegen ist; insgesamt ergibt sich für die beiden letzten ausgewiesenen Werte eine deutliche Zunahme.

Im internationalen Vergleich zwischen 17 westlichen Industriestaaten steht die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich des Anteils der Steuern und Sozialabgaben zusammen etwa an sechster Stelle nach Schweden, Norwegen, den Niederlanden, Frankreich und Österreich.

Tabelle 2
Der Anteil von Steuern ^{a)} und Sozialabgaben ^{a)} am
Bruttosozialprodukt im internationalen Vergleich
(Durchschnitt 1966/1969)

| | |
|-------------------|--------------------|
| 1. Schweden | 40,6 ¹⁾ |
| 2. Norwegen | 38,1 |
| 3. Niederlande | 37,2 |
| 4. Frankreich | 36,9 |
| 5. Österreich | 36,3 ¹⁾ |
| 6. BRD | 35,1 |
| 7. Dänemark | 33,4 |
| 8. Großbritannien | 33,4 |
| 9. Belgien | 32,6 |
| 10. Finnland | 32,2 |
| 11. Kanada | 29,9 ¹⁾ |
| 12. Italien | 29,8 |
| 13. USA | 29,3 |
| 14. Griechenland | 24,3 |
| 15. Schweiz | 22,8 |
| 16. Spanien | 19,4 |
| 17. Japan | 19,0 |

¹⁾ 1966/68.

^{a)} In der Definition und Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Quelle: OECD.

Dieser internationale Vergleich kann jedoch nur vorsichtig interpretiert werden. Neben den allgemeinen Vorbehalten gegenüber internationalen Vergleichen von Statistiken ist zu beachten, daß

die Aufgabenverteilung zwischen dem „Staat“ einerseits und den „privaten Sektoren“ einer Volkswirtschaft andererseits von Land zu Land sehr unterschiedlich sein kann. Diese unterschiedliche Aufgabenverteilung drückt sich naturgemäß auch in den Steuer- und Sozialversicherungsbelastungen aus. Hinsichtlich der Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen sind die internationalen Unterschiede sehr ausgeprägt, da die entsprechenden Sozialleistungen in unterschiedlichem Verhältnis von Land zu Land auch aus Steuern finanziert werden. Darüber hinaus werden in den Ländern in unterschiedlichem Ausmaß „verdeckte Subventionen“, d. h. Steuererleichterungen oder -ermäßigungen gewährt, wodurch der Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt ebenfalls beeinflusst wird.

Tendenziell läßt sich sagen, daß in dem betreffenden Zeitraum in fast allen Ländern der Anteil der Belastung mit Zwangsabgaben gestiegen ist, obgleich in dieser Zeit die jeweilige konjunkturelle Entwicklung in den verschiedenen Ländern eine Rolle spielt.

Als Arbeitshypothese für die weiteren Schätzungen wurde davon ausgegangen, daß aus heutiger Sicht aufgrund der zur Zeit verfügbaren Infor-

mationen in der Bundesrepublik eine Zunahme des Anteils von Steuern und Sozialabgaben zusammen am Bruttosozialprodukt von 35 % auf gut 40 % eine Obergrenze darstellen dürfte.

Verschuldungsspielraum des Staates

Die andere Komponente, von der die Möglichkeit einer Vergrößerung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt abhängt, ist der künftige Verschuldungsspielraum des Staates, und zwar einmal aus der Sicht des Schuldners, zum anderen aufgrund des Aufkommens an Finanzierungsmitteln. D. h., der Zinsendienst des Staates muß sich in einem angemessenen Verhältnis zu den ordentlichen Einnahmen bewegen, und die Verschuldung des Staates kann ohne Beeinträchtigung der Stabilität langfristig nicht über jenen Rahmen hinausgehen, der durch die Ersparnisbildung der Privaten Haushalte abzüglich des notwendigen Kreditbedarfs der Wirtschaft bestimmt wird.

Aufgrund von Definitionsgleichungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist eine Konsistenzprüfung des Verschuldungsspielraums des Staates möglich, ohne daß ein vollständiges Kreislaufschema durchgerechnet wird. Die herangezogenen Definitionsgleichungen sind:

Tabelle 3
Konsolidiertes Staatskonto 1957–1968
in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Anteile am BSP in %
(Gleitende 5-Jahresdurchschnitte)

| | 1957 1) | 1958 1) | 1959 1) | 1960 | 1961 | 1962 | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 2) | 1967 2) | 1968 2) |
|---|---------|---------|---------|------|------|------|------|------|------|---------|---------|---------|
| 1. Steuern insgesamt | 23,0 | 23,1 | 23,5 | 23,9 | 24,3 | 24,6 | 24,6 | 24,4 | 24,4 | 24,1 | 24,3 | 24,3 |
| 2. Sozialversicherungsbeiträge | 9,1 | 9,4 | 9,6 | 9,8 | 9,8 | 9,8 | 9,8 | 9,9 | 10,0 | 10,1 | 10,3 | 10,7 |
| 3. Übrige lfd. Einnahmen | 2,1 | 2,1 | 2,1 | 2,1 | 2,1 | 2,2 | 2,1 | 2,1 | 2,1 | 2,1 | 2,1 | 2,1 |
| 4. Lfd. Einnahmen (1–3) | 34,3 | 34,7 | 35,2 | 35,7 | 36,2 | 36,5 | 36,5 | 36,4 | 36,4 | 36,3 | 36,7 | 37,1 |
| 5. Staatsverbrauch (netto) | 13,2 | 13,3 | 13,5 | 13,9 | 14,4 | 14,6 | 14,9 | 15,2 | 15,5 | 15,6 | 15,7 | 15,8 |
| 6. Einkommensübertragungen an private Haushalte | 12,9 | 13,0 | 13,0 | 12,9 | 12,6 | 12,5 | 12,6 | 12,7 | 13,1 | 13,4 | 13,5 | 13,4 |
| 7. Zinsen v. sonst. lfd. Ausgaben | 2,0 | 2,1 | 2,2 | 2,2 | 2,3 | 2,3 | 2,4 | 2,4 | 2,5 | 2,7 | 2,8 | 2,9 |
| 8. Lfd. Ausgaben (5–7) | 28,2 | 28,4 | 28,7 | 29,0 | 29,2 | 29,4 | 29,8 | 30,4 | 31,2 | 31,7 | 32,0 | 32,1 |
| 9. Lfd. Ersparnis (4×8) | 6,1 | 6,3 | 6,5 | 6,7 | 7,0 | 7,1 | 6,7 | 6,0 | 5,2 | 4,6 | 4,7 | 5,0 |
| 10. Abschreibungen | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 0,5 |
| 11. Ersparnis u. Abschreib. (9+10) | 6,5 | 6,7 | 6,9 | 7,1 | 7,4 | 7,5 | 7,1 | 6,5 | 5,7 | 5,1 | 5,2 | 5,5 |
| 12. Bruttoanlageinvestitionen | 2,8 | 2,9 | 3,1 | 3,3 | 3,6 | 3,9 | 4,1 | 4,3 | 4,2 | 4,2 | 4,0 | 4,0 |
| 13. Vermögensübertragungen (Saldo) | 0,7 | 0,9 | 1,2 | 1,5 | 1,6 | 1,7 | 1,7 | 1,6 | 1,4 | 1,4 | 1,4 | 1,3 |
| 14. Vermögensausgaben (12+13) | 3,5 | 3,8 | 4,3 | 4,8 | 5,2 | 5,6 | 5,8 | 5,9 | 5,6 | 5,6 | 5,4 | 5,3 |
| 15. Einnahmen insgesamt (4+10) | 34,7 | 35,1 | 35,6 | 36,1 | 36,6 | 36,9 | 36,9 | 36,9 | 36,9 | 36,8 | 37,2 | 37,6 |
| 16. Ausgaben insgesamt (8+14) | 31,7 | 32,2 | 33,0 | 33,8 | 34,4 | 35,0 | 35,6 | 36,3 | 36,8 | 37,3 | 37,4 | 37,4 |
| 17. Finanzierungssaldo (15×16) | +3,0 | +2,9 | +2,6 | +2,3 | +2,2 | +1,9 | +1,3 | +0,6 | +0,1 | -0,5 | -0,2 | +0,2 |
| 18. Nachrichtlich: Steuern und Sozialversicherungsbeiträge insgesamt | 32,1 | 32,5 | 33,1 | 33,7 | 34,1 | 34,4 | 34,4 | 34,3 | 34,4 | 34,2 | 34,6 | 35,0 |

1) Einschließlich Saarland und Berlin-West, eigene Hochrechnung. 2) Stand Januar 1971.

Die Summe der Finanzierungssalden der Sektoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unter Berücksichtigung der „übrigen Welt“ ist gleich Null.

Die Summe der Ersparnisse der Sektoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – wiederum unter Berücksichtigung der „übrigen Welt“ – ist gleich der Summe der Bruttoinvestitionen.

Setzt man nun sowohl für die Sparquote des Sektors „Private Haushalte“ als auch für die Selbstfinanzierungsquote des Sektors „Unternehmen“ plausible Werte ein und unterstellt einen Finanzierungssaldo für die „übrige Welt“ von Null, so läßt sich die Verschuldung des Sektors „Staat“ als Restgröße ermitteln.

Darstellungsart des Staatskontos

Bei der Erstellung eines konsolidierten Kontos für den Sektor „Staat“ war zu berücksichtigen, daß Finanzierungsströme wie die Steuereinnahmen, aber auch andere reine Wertströme – schon gedanklich, aber erst recht rechnerisch – nicht in

Menge und Preis aufgespalten werden können. Als Lösungsmöglichkeit bot sich an, derartige Größen als Anteile am Bruttosozialprodukt auszudrücken. Das gleiche Verfahren mußte dann auch bei den Waren- und Dienstleistungspositionen, die ex post sowohl in jeweiligen als auch in konstanten Preisen vorliegen, durchgeführt werden.

Nun ändern sich die Anteile der Waren- und Dienstleistungspositionen am Bruttosozialprodukt – gemessen in jeweiligen Preisen – aus zwei Gründen:

Zunächst ist einmal das reale, d.h. mengenmäßige Wachstum der Güterströme im Zeitablauf unterschiedlich.

Zum anderen verändern sich in einer wachsenden Wirtschaft die Preisstrukturen, d.h. die Preisverhältnisse von Gütern oder Gütergruppen zueinander.

Gleichen sich Preissteigerungen und Preissenkungen gerade aus, so bleibt das „Preisniveau“ konstant; überwiegen die Preissteigerungen, kommt

Tabelle 4
Konsolidiertes Staatskonto 1970–1985
in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Anteile am BSP in %

| | 1964/68 ¹⁾ | 1965/69 ¹⁾ | 1966/70 ¹⁾ | 1970 | 1975 ²⁾ | 1980 | | | 1985 | | |
|---|-----------------------|-----------------------|-----------------------|------|--------------------|------|------|------|------|------|------|
| | | | | | | a | b | c | a | b | c |
| 1. Steuern insgesamt | 24,1 | 24,3 | 24,3 | 24,2 | 24,9 | 25,0 | 26,5 | 27,5 | 25,1 | 26,5 | 27,5 |
| 2. Sozialversicherungsbeiträge | 10,1 | 10,3 | 10,7 | 11,5 | 12,4 | 13,2 | 13,2 | 13,2 | 14,0 | 14,0 | 14,0 |
| 3. Übrige lfd. Einnahmen | 2,1 | 2,1 | 2,1 | 1,9 | 1,8 | 2,1 | 2,2 | 2,2 | 2,1 | 2,2 | 2,2 |
| 4. Lfd. Einnahmen (1–3) | 36,3 | 36,7 | 37,1 | 37,6 | 39,2 | 40,3 | 41,9 | 42,9 | 41,2 | 42,7 | 43,7 |
| 5. Staatsverbrauch (netto) | 15,6 | 15,7 | 15,8 | 15,6 | 17,3 | 17,7 | 18,7 | 19,2 | 19,1 | 19,9 | 20,4 |
| 6. Einkommensübertragungen an private Haushalte | 13,4 | 13,5 | 13,4 | 12,7 | 13,8 | 14,1 | 14,1 | 14,1 | 13,3 | 13,3 | 13,3 |
| 7. Zinsen u. sonst. lfd. Ausgaben | 2,7 | 2,8 | 2,9 | 3,0 | 2,7 | 3,7 | 3,7 | 3,7 | 4,0 | 4,1 | 4,1 |
| 8. Lfd. Ausgaben (5–7) | 31,7 | 32,0 | 32,1 | 31,3 | 33,8 | 35,5 | 36,5 | 37,0 | 36,4 | 37,3 | 37,8 |
| 9. Lfd. Ersparnis (4×8) | 4,6 | 4,7 | 5,0 | 6,3 | 5,4 | 4,8 | 5,4 | 5,9 | 4,8 | 5,4 | 5,9 |
| 10. Abschreibungen | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 0,7 | 0,7 | 0,7 | 0,8 | 0,8 | 0,8 |
| 11. Ersparnis u. Abschreib. (9+10) | 5,1 | 5,2 | 5,5 | 6,8 | 5,9 | 5,5 | 6,1 | 6,6 | 5,6 | 6,2 | 6,7 |
| 12. Bruttoanlageinvestitionen | 4,2 | 4,0 | 4,0 | 4,3 | 5,0 | 5,7 | 6,0 | 6,2 | 6,4 | 6,6 | 6,8 |
| 13. Vermögensübertragungen (Saldo) | 1,4 | 1,4 | 1,3 | 1,2 | 1,5 | 1,3 | 1,3 | 1,3 | 1,3 | 1,3 | 1,3 |
| 14. Vermögensausgaben (12+13) | 5,6 | 5,4 | 5,3 | 5,5 | 6,5 | 7,0 | 7,3 | 7,5 | 7,7 | 7,9 | 8,1 |
| 15. Einnahmen insgesamt (4+10) | 36,8 | 37,2 | 37,6 | 38,1 | 39,7 | 41,0 | 42,6 | 43,6 | 42,0 | 43,5 | 44,5 |
| 16. Ausgaben insgesamt (8+14) | 37,3 | 37,4 | 37,4 | 36,8 | 40,3 | 42,5 | 43,8 | 44,5 | 44,1 | 45,2 | 45,9 |
| 17. Finanzierungssaldo (15×16) | -0,5 | -0,2 | +0,2 | +1,3 | -0,5 | -1,5 | -1,2 | -0,9 | -2,1 | -1,7 | -1,4 |
| Nachrichtlich: Globalkorrekturen bei den Ausgaben | | | | | | -1,3 | 0 | +0,7 | -1,0 | 0 | +0,7 |
| 18. Nachrichtlich: Steuern und Sozialversicherungsbeiträge insgesamt | 34,2 | 34,6 | 35,0 | 35,7 | 37,3 | 38,2 | 39,7 | 40,7 | 39,1 | 40,5 | 41,5 |

¹⁾ 5-Jahresdurchschnitte in jeweiligen Preisen.

²⁾ Zielpjektion Jahreswirtschaftsbericht 1971 (Abweichungen der Summen durch Runden der Zahlen).

a) Extrapolierte Anteile aufgrund der Vergangenheitsentwicklung (außer Staatsverbrauch, Bruttoanlageinvestitionen und Abschreibungen).

b) Mittlere Variante.

c) Steigende Steuerquote – steigende Zinsquote (Anteil an den Steuern im Endjahr 6 %).

es neben einer Veränderung der „Preisstruktur“, d. h. der „relativen Preise“, auch zu einer Erhöhung des „Preisniveaus“; überwiegen die Preissenkungen, ergibt sich eine Ermäßigung des „Preisniveaus“.

Die Veränderungen der Preisstruktur oder der „relativen Preise“ lassen sich für die Positionen der Verwendung des Bruttosozialprodukts für die Vergangenheit dadurch ermitteln, daß sämtliche Positionen mit dem Deflationierungsfaktor des Bruttosozialprodukts preisbereinigt werden. Für das Bruttosozialprodukt insgesamt ergibt sich dann ein konstantes „Preisniveau“ des gewählten

Basisjahres, während bei den einzelnen Aggregaten die volumensmäßige Veränderung einschließlich der „relativen“ Preisentwicklung sichtbar wird.

Die so berechneten Anteile der Verwendungsarten am Bruttosozialprodukt bei „konstantem Preisniveau“ und „jeweiliger Preisstruktur“ sind genauso groß wie die Anteile am Bruttosozialprodukt in „jeweiligen Preisen“. Dementsprechend mußten Größen, die für den Perspektivzeitraum bis 1985 zunächst nur in konstanten Preisen berechnet worden waren, auch in relativen Preisen ausgedrückt werden. Das gilt insbesondere für die Investitionen des Staates und den Staatsverbrauch sowie für die übrigen Verwendungsarten des Bruttosozialprodukts.

Bei der Anpassung der Ergebnisse der langfristigen Perspektivprojektion (mittlere Variante) wurden die Verwendungspositionen auf die Preisbasis des Jahres 1970 umgerechnet und unter Berücksichtigung der Entwicklung der „relativen Preise“ z. T. revidiert.

Der Vorzug einer Darstellungsart des Staatskontos und der Verwendungskomponenten des Bruttosozialprodukts als Anteile am Bruttosozialprodukt ist der, daß Relationen und Beziehungen gewonnen werden, wie sie sich auch bei einer Rechnung in jeweiligen Preisen ergeben würden. Nur so waren Rückkoppelungen zur privaten Ersparnis, zur Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen und dgl. möglich.

Schätzung der Ausgaben und Einnahmen

Bei der Berechnung eines Korridors für den Sektor „Staat“ in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurden im ersten Schritt Annahmen über die mögliche langfristige Entwicklung der Ausgaben gesetzt:

Aus den angepaßten Ergebnissen der Perspektivprojektion bis 1985 (mittlere Variante) wurden der Staatsverbrauch und die staatlichen Investitionen in relativen Preisen übernommen.

Für die Einkommensübertragungen des Staates an Private Haushalte erfolgte die Schätzung getrennt für Leistungen der Rentenversicherung, Beamtenpensionen und übrige Einkommensübertragungen.

Bei den Zinsen wurden alternative Ansätze gewählt: Fortsetzung des bisherigen Trends und Erhöhung des Anteils der Zinsen auf 6% des Steueraufkommens im Endjahr der Projektion.

Bei den sonstigen laufenden Ausgaben wurde eine Trendextrapolation der Anteile vorgenom-

UNIVERSITAS

Zeitschrift für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Herausgeber: Prof. Dr. H. W. Bähr
Schriftleitung: H. W. Bähr und H. Rotta unter Mitarbeit von J. Hohnholz

Aus dem Inhalt von Heft 7/71: (Einzelheft DM 4,50)

Prof. Dr. H. Grümm, Wien:
Energieerzeugung, Gesundheit und Umweltbelastung

Prof. Dr. K. Sontheimer, München:
Voraussage als Ziel und Problem moderner Sozialwissenschaft

Prof. R. Cogniat, Paris:
Raoul Dufy – sein Werk für die Kunst des 20. Jahrhunderts

Prof. Dr. H. U. Röll, Hamburg:
Die heutige Verunreinigung der Meere

Prof. Dr. B. Welte, Freiburg:
Über den Sinn von Wahrheit im Bereich des Glaubens

Dr. B. Rothschild, Zürich:
Die Drogen heute – Meinungen und Fakten

Prof. Dr. W. Franke, Hamburg:
Die chinesische Revolution

Dr. L. Kletter, Wien:
Die Unternehmungen der Weltraumfahrt und Weltraumtechnik in den siebziger Jahren

Jürgen P. Wallmann, Telgte:
Der Lyriker Johannes Poethen und sein Werk in der deutschen Lyrik der Gegenwart

Prof. Dr. med. R. Kopf, Köln:
Arzneimittel und Arzneimittelsicherheit

Monatlich erscheint ein Heft. Vierteljährlich DM 12,-, Studenten und Schüler 20% Nachlaß, Einzelheft DM 4,50. Es erscheint außerdem vierteljährlich eine englischsprachige und eine spanischsprachige Ausgabe. Jährlich DM 22,-. Wir liefern auf Wunsch ein kostenloses Probeheft.

Wenn Sie schon Bezieher der UNIVERSITAS sind und einen neuen Abonnenten für mindestens ein Jahr gewinnen, erhalten Sie von uns eine Buch- oder Schallplattenprämie im Wert von DM 20,-. Bitte, teilen Sie uns Ihren Wunsch zusammen mit der genauen Anschrift des neuen Abonnenten und Ihrer eigenen mit.

WISSENSCHAFTLICHE
VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

7000 Stuttgart 1, Birkenwaldstraße 44, Postfach 40

men; ähnlich ist bei den Vermögensübertragungen verfahren worden.

Auf der Einnahmenseite wurden alternative Steuerlastquoten (Anteil der Steuern in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung am Bruttosozialprodukt) in Ansatz gebracht:

Für die untere Variante wurde mit einer Fortsetzung der bisherigen Tendenz, d. h. einer nur geringfügigen Erhöhung der bisherigen Steuerlastquote gerechnet (1970: 24,2%; 1975: 24,9%; 1980: 25,0%; 1985: 25,1%),

bei der oberen Variante mit einer Anhebung der Steuerlastquote auf 27,5% bis 1980, die mit den Sozialabgaben zusammen einen Anteil von 40,7% 1980 und 41,5% 1985 ergeben würden.

In einer dritten Variante, die als mittlere Linie zwischen diesen Extremen anzusehen ist, wird von 1980 an eine Steuerlastquote von 26,5% unterstellt.

Die Schwankungsmarge wird bei den laufenden Einnahmen im wesentlichen durch diese Variation der Steuerlastquote bestimmt. Die Entwicklung des Anteils der Sozialversicherungsbeiträge am Bruttosozialprodukt wurde in allen Varianten einheitlich angesetzt (1970: 11,5%; 1975: 12,4%; 1980: 13,2%; 1985: 14,0%).

Vorgegeben waren dabei die Beiträge zur Rentenversicherung. Die Krankenversicherungsbeiträge konnten über die geschätzte Ausgabenentwicklung der Krankenkassen ermittelt werden, da hier von einem Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben ausgegangen wurde. Die sonstigen Sozialversicherungsbeiträge wurden schließlich über die Entwicklung der Zahl der abhängig Beschäftigten und der Produktivität je Erwerbstätigen projiziert.

Der Anteil von Steuern und Sozialabgaben zusammen am Bruttosozialprodukt steigt dann bei der mittleren Variante von 35,7% 1970 auf 37,3%

Schaubild 1
Ausgaben des Staates

(Anteile am BSP in %)
(Bis 1970 gleitende 5-Jahresdurchschnitte, 1975–1985 mittlere Variante)

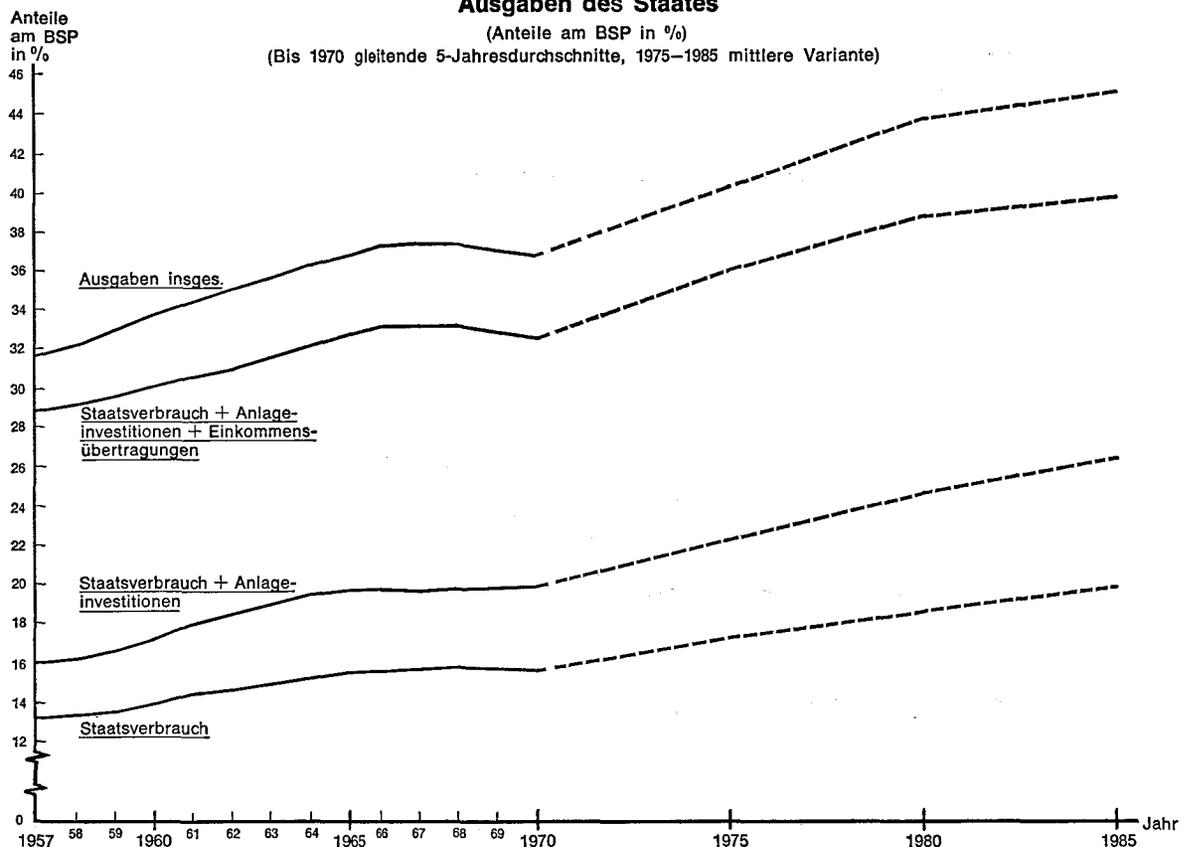


Schaubild 2
Einnahmen des Staates

(Anteile am BSP in %)
(Bis 1970 gleitende 5-Jahresdurchschnitte, 1975–1985 mittlere Variante)

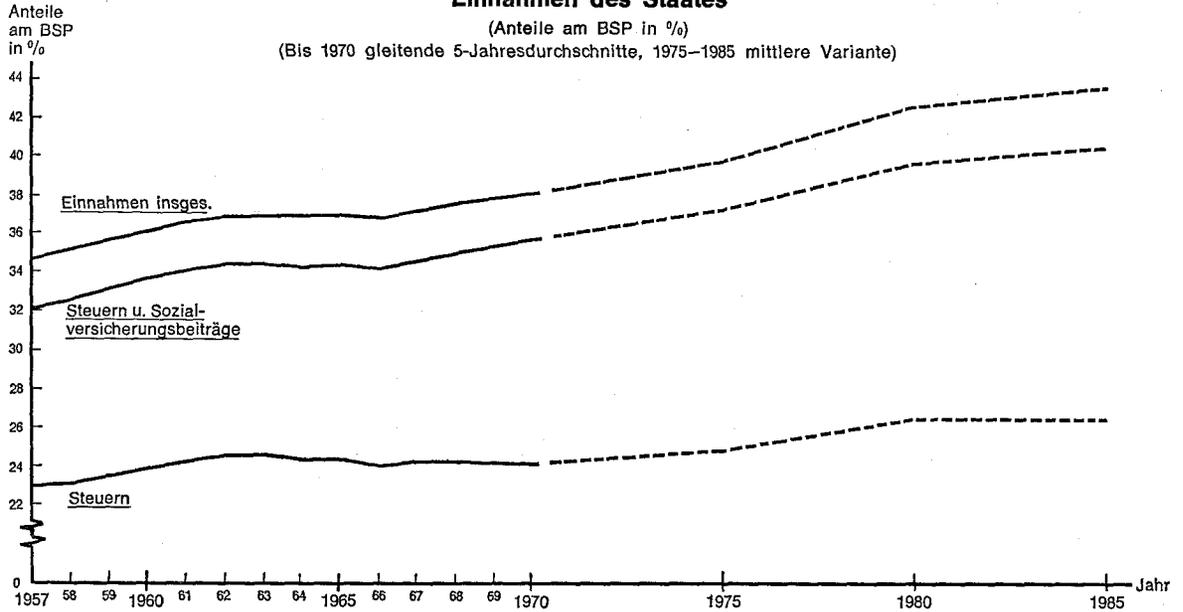
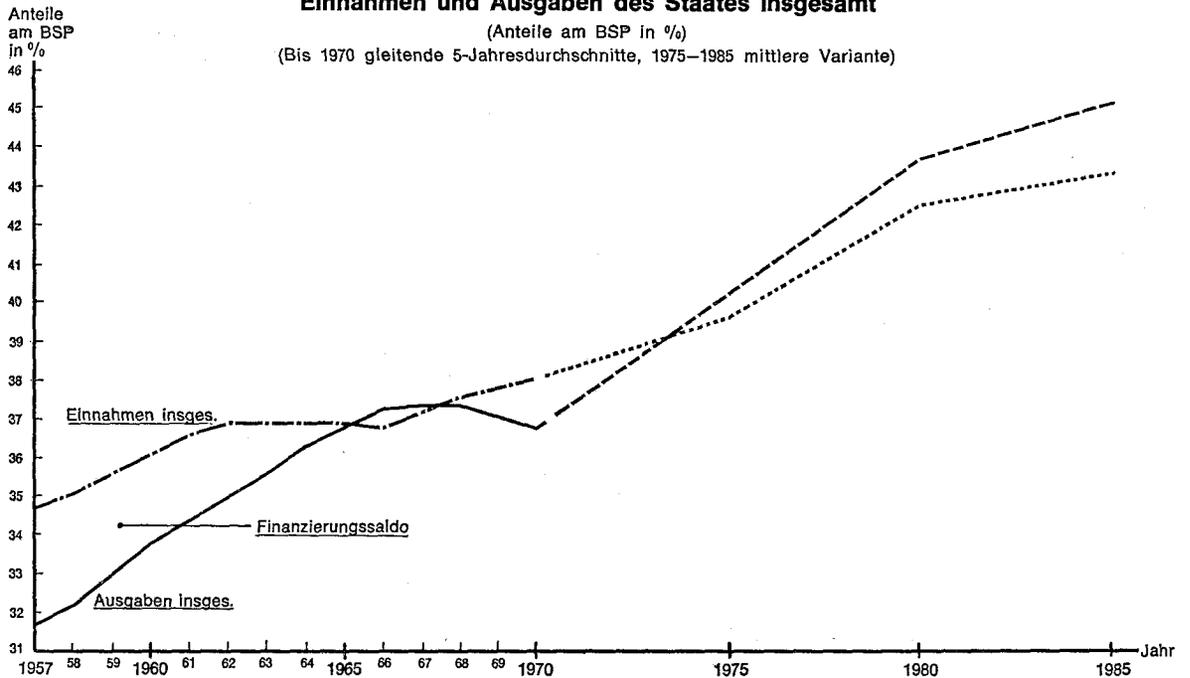


Schaubild 3
Einnahmen und Ausgaben des Staates insgesamt

(Anteile am BSP in %)
(Bis 1970 gleitende 5-Jahresdurchschnitte, 1975–1985 mittlere Variante)



1975, 39,7 % 1980 und 40,5 % 1985. Die Entwicklung der übrigen laufenden Einnahmen wurde praktisch mit deren Anteilen am Bruttosozialprodukt im Zeitraum 1958 bis 1970 fortgeschrieben, die Abschreibungen mit Hilfe des fortgeschriebenen Kapitalstocks und der relativen Preise der Investitionen.

Prüfung der Plausibilität

Die Saldierung der Gesamteinnahmen mit den Gesamtausgaben ergab – entsprechend den unterschiedlichen Ansätzen für die Belastungsquote – verschieden große Finanzierungsdefizite, die wiederum über Annahmen zur künftigen Entwicklung der Sparquote der Privaten Haushalte und des Kreditbedarfs im Unternehmenssektor auf ihre Plausibilität geprüft wurden.

Neben diesen wurden weitere Interdependenzen – soweit das notwendig und möglich war – berücksichtigt, wie z. B. die Steuerlastquote zur Einkommensverteilung (Tarifautonomie), die Sparquote der Privaten Haushalte zum Privaten Verbrauch und zur Verwendungsstruktur des BSP oder die Ausgaben des Staates zur Verwendungsstruktur des BSP.

Das Ergebnis dieser Prüfungen war, daß nur bei der mittleren Variante die herangezogenen Interdependenzen sich widerspruchsfrei zusammenfügen.

Im Fall der unteren Variante (Belastungsquote ²⁾ 1980: 38,2 %; 1985: 39,1 %) würden Globalkürzungen notwendig mit Rückwirkungen auf Staatsverbrauch und staatliche Investitionen und damit auf die gesamte Verwendungsstruktur des Bruttosozialprodukts.

2) Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

Bei der oberen Variante (Belastungsquote 1980: 40,7 %, 1985: 41,5 %) würde umgekehrt von der Einnahmenseite her eine Erhöhung der Staatsausgaben möglich sein. Entsprechend sind die Ansätze für Staatsverbrauch und Investitionen anteilig erhöht worden, ohne daß jedoch die Konsequenzen für die übrigen Verwendungsarten des Bruttosozialprodukts durchgerechnet wurden. Trotzdem läßt sich sagen, daß dann die privaten Investitionen bedenklich zurückgedrängt werden müßten, was nicht ohne Konsequenzen für das künftige Wachstum bleiben könnte, oder daß eine entsprechende – jedoch nicht mehr plausibel erscheinende – Drosselung des Privaten Verbrauchs erreicht werden müßte.

Nur bei der mittleren Variante (Belastungsquote 1980: 39,7 %; 1985: 40,5 %) wären die Ausgabenansätze ohne Korrekturen realisierbar: Das Staatskonto ist bei dieser Variante rückgekoppelt mit der Verwendungsstruktur der mittleren Variante der Perspektivprojektion, die schon ehrgeizige Ansätze im Hinblick auf eine stärkere Beteiligung des Staates am Bruttosozialprodukt (Staatsverbrauch und staatliche Investitionen) enthält. Bei dieser Variante wäre mit Finanzierungsdefiziten des Staates (in % des Bruttosozialprodukts) von 0,5 in 1975, 1,2 in 1980 und 1,7 im Jahre 1985 zu rechnen. Das bedeutet eine Fortsetzung des Trends, der sich – abgesehen von konjunkturellen Einflüssen – seit mehreren Jahren abzeichnet, während der Staat insbesondere in den 50er Jahren zeitweilig sehr hohe Finanzierungsüberschüsse aufzuweisen hatte ³⁾.

3) Die Tabelle 3 enthält die Ergebnisse des konsolidierten Kontos für den Sektor „Staat“ in der Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von 1957 bis 1968 in gleitenden 5-Jahresdurchschnitten, während Tabelle 4 die Daten der Vorausschätzung bis 1985 wiedergibt. Die wichtigsten Größen sind nochmals in den Schaubildern (für 1980 und 1985 nur die mittlere Variante) dargestellt.

Schaubild 4
Finanzierungssaldo des Staates

